

# Griechenland am Scheideweg

(von Sven Wegner und John Malamatinas)

In der öffentlichen Diskussion wird die gegenwärtige Krise oft als reine Finanzkrise dargestellt. Bei näherer Betrachtung erweist sie sich jedoch als multiple Krise des Kapitalismus, auf die mit autoritären Maßnahmen reagiert wird. Griechenland ist davon besonders betroffen. Man kann das Land im Süden Europas getrost als ein Labor für die neoliberale und postdemokratische Umstrukturierung einer ganzen Gesellschaft bezeichnen. Die Auswirkungen sind offensichtlich. Die faschistische Partei „Goldenen Morgenröte“ (Χρυσή Αυγή, Chrysi Avgi) hat viele Anhängerinnen und weite Teile der Bevölkerung sind von Rassismus durchdrungen. Griechenland ist aber auch ein Ort des Protestes, des Widerstandes und der Selbstorganisation.

## Eine Revolte mit Geschichte

Exarchia ist ein traditionsreiches und szenelastiges Viertel in Athen. Mit seinen vielen Cafes, Künstlern, Anarchisten, kleinen Verlagen, Besetzungen und sozialen Zentren wirkt es bedeutend bunter und lebendiger als andere Stadtteile. Seit den 70ern hält das Viertel den Ruf einer „befreiten und libertären Zone“. Der kleine Stadtteil im Herzen der Hauptstadt Griechenlands, an dessen westlichem Eingang die Polytechnische Hochschule steht, war voll von Studenten, die seit der 68er Revolte Rockmusik hörten, sich mit anarchistischer Literatur versorgten, zunehmend radikalisierten und gegen die seit 1967 machthabende Militärjunta vorgingen. So waren auf den Toren der damals besetzten Polytechnischen Hochschule Slogans wie „Nieder mit dem Staat! Nieder mit dem Kapital“ zu lesen. Am 14. November 1973 wurde aus den einzelnen Aktionen des Widerstandes eine offene Revolte. Drei Tage lang bauten die Besetzer zusammen mit tausenden Arbeitern Barrikaden rings um das Gelände, lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und dem Militär und richteten einen Radiosender ein, der in ganz Athen zu hören war. Die Botschaft, die über UKW bei der Bevölkerung ankam war eindeutig:

*„Hier ist die polytechnische Hochschule! Menschen Griechenlands, die polytechnische Hochschule ist der Fahnenträger unseres Kampfes und eures Kampfes, unseres gemeinsamen Kampfes gegen die Diktatur und für Demokratie“.*

Am 17. November 1973, wurde der Aufstand durch die Erstürmung des Geländes der Hochschule blutig niedergeschlagen. Eines der jüngsten Todesopfer der Militärjunta war der 16-jährige Student Diomedes Komnenos. Er wurde von 1973 vor den Toren der Hochschule von Scharfschützen erschossen. Die Verbrechen der Militärführung wurden, trotz Verfahren, nie wirklich aufgearbeitet und sorgen bis heute für politische Kontroversen. Sein Todestag ist ein offizieller Gedenktag in Griechenland. Doch Diomedes Name ist nur einer auf der langen Liste der Polizeimorde in Griechenland.

35 Jahre später, im Dezember 2008, schien es so, als würde sich eine verdrängte, kollektive Erinnerung an die Ereignisse der späten 70er Jahre Bahn brechen. Der gleiche Stadtteil, wieder ein jugendlicher Toter. Sein Name: Alexandros Grigoropoulos. Er wurde im Alter von 15 Jahren durch den Polizeibeamten Epaminondas Korkoneas erschossen. Augenzeugenberichten sprechen von einer vorangegangenen Pöbeleien zwischen Jugendlichen und der Polizei. Wenige Stunden nach dem Bekanntwerden der tödlichen Schüssen griffen Anarchisten, Linke und Sympathisanten Polizeiwachen, Regierungsgebäude und Banken im Umkreis des Viertels an. Der Versuch der Regierung, den Mörder von Alexandros Grigoropoulos und seinen Dienstkollegen zu decken und die Verweigerung einer öffentlichen Entschuldigung seitens der damaligen Regierung der „Neuen Demokratie“ (Νέα Δημοκρατία, *Néa Dimokratía*) unter Kostas Karamanlis, brachten das Fass endgültig zum Überlaufen. Zehntausende Menschen strömten auf die Straßen. Von nun an geriet die Lage für die griechische Führung zusehends außer Kontrolle. Ein regelrechter Flächenbrand breitete

sich unaufhaltsam aus. In ganz Griechenland kam es zu Besetzungen durch Arbeiter, Schüler und Student und monatelangen Ausschreitungen – die stärksten seit dem Ende der Militärjunta. Dies lag vor allem daran, dass die Schüsse, die Alexandros das Leben gekostet hatten auch als potentielle Schüsse gegen die Jugend im Allgemeinen gedeutet wurden. Doch nicht nur die Schüler und die sog. 600 Euro-Generation, frustriert von einem Leben ohne Perspektive, verliehen den Tagen der „Dezember-Revolve“ eine große Dynamik. Ein Querschnitt der gesamten griechischen Gesellschaft inklusive der Migrant\*innen kam auf den Straßen zusammen und unterbrach so für kurze Zeit ihr isoliertes Dasein.

Die tief verankerte Angst vor einem staatliche Ausnahmezustand und das damit einhergehende gesunde Misstrauen gegen den Staat begründet sich in der Geschichte der griechischen Gesellschaft. In den Straßen transformiert sich der bloße Protest des einzelnen Menschen in eine widerständige Praxis, die sich gegen den Grundtakt einer ganzen Maschine richtet. Das Plenum des Athener Stadtteils Peristeri vom 29. Januar 2009 umreißt eine Idee, wie Gesellschaft neu gedacht werden kann, wenn es sagt:

*„Aber stellen wir einige Dinge klar: es ist eine Krise des Kapitals, die auf die Neuverteilung des Reichtums unter den Mächtigen zielt – seht doch die Milliarden, die den Banken geschenkt werden. Das Denken der ökonomischen Ideologie versucht uns zu überzeugen, dass dies eine Notwendigkeit sei – so selbstverständlich wie die Naturgewalten. Wir antworten: macht Ihr mit Eurer Krise was Ihr wollt. (...)Wir müssen uns selbstorganisieren ohne Macht, Parteien, Zwischenhändler und Demagogen. Wir müssen unser Leben selber in die Hand nehmen. Wir müssen unsere Träume realisieren, müssen in der Praxis die direkte Demokratie erobern. Wenn wir heute nicht das Unmögliche fordern, werden wir uns morgen mit dem Unbegreiflichen konfrontiert sehen.“*

### **Von Schulden und Kürzungsdiktaten**

Ob die Bewohner von Peristeri bereits wussten, wie gut sich ihre Sätze etwa ein Jahr später an der Realität messen lassen würden, sei dahingestellt. Seit 2010 rollt eine bisher unvergleichbare Kürzungs- und Privatisierungswelle über Griechenland hinweg. Was war passiert? Die Finanzmärkte hatten dem griechischen Staat ihr Vertrauen entzogen, das heißt, sie glaubten immer weniger daran, dass Griechenland seine Staatsschulden vollständig zurückzahlen kann. Griechenlands Staatsschuldenquote – also das Verhältnis aus Staatsschulden und Wirtschaftsleistung - lag Anfang 2010 bei 130 Prozent. Die Anleger verkauften ihre Staatsanleihen und trieben so die Renditen noch weiter in die Höhe. Die Zinsen für neue Kredite stiegen dadurch noch stärker. Diese Entwicklung hätte im Staatsbankrott enden können und die Banken in Deutschland sowie in anderen Ländern hätten ihr Kredite nicht zurückgezahlt bekommen. Um die Banken zu retten wurde Griechenland von der EU mit dem Segen der Regierungschefs sogenannte Hilfskredite zur Verfügung gestellt. Über 90 Prozent der ausgezahlten „Hilfskredite“ flossen in die Taschen der Gläubiger des griechischen Staates. Als „Gegenleistung“ wurde Griechenland drakonische Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen diktiert. Diese Maßnahmen werden von der Troika, bestehend aus Internationalen Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission kontrolliert.

So rollt seit 2010 eine Welle von Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen über Griechenland hinweg. Zwischen 2009 und 2011 hat der griechische Staat seine Ausgaben um ungefähr 25 Milliarden Euro gesenkt. Würden wir das auf deutsche Verhältnisse übertragen, wären dies Kürzungen in der Höhe von ca. 250 Milliarden Euro bzw. 80 Prozent des gesamten Bundeshaushalts. Die griechische staatliche Schuldenquote wuchs aber trotzdem weiter, da die Nachfrage sank und damit die Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen in den Keller gingen. Das reale Brutto sozialprodukt sank bis heute um ungefähr 27 Prozent.

Die EU setzt einzig und allein darauf das „Exportmodell-Deutschland“ mit seiner Agenda-2010-Politik auf die Krisenländer zu übertragen. Für das alltägliche Leben der Menschen heißt dies: Zeitarbeit, weniger Einkommen, höhere Steuern, spätere oder gar keine Rente, eine Streichung der Sozialleistungen und der Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Das führt in den betroffenen Ländern, wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien, zu einer sozialen Katastrophe und einer verstärkten Ungleichheit. Statistiken belegen, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung von der Politik der vergangenen Jahre profitiert haben. Fast überall konnten sie ihren Anteil am Gesamtvermögen steigern: in Deutschland in den letzten Jahren auf deutlich über 60 Prozent; und sogar in Griechenland stieg der Gesamtvermögensanteil der 2.000 reichsten Familien von etwa 75 auf über 80 Prozent. Ausstehende Lohnzahlungen sind vor allem im privatwirtschaftlichen Sektor an der Tagesordnung. Viele Menschen haben durch die Kürzungspolitik ihre Jobs verloren. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt insgesamt bei 28% ,wobei die von Frauen (32%) höher ist als bei Männern (28%), und bei Jugendlichen bei 61%, wobei viele Griechen davon ausgehen, dass diese Statistik geschönt ist. „Derzeit sei es sehr schwer an Geld zu kommen“, schlägt es einem immer wieder bei Gesprächen entgegen.

Das ist es wohl, was die Bewohner des Stadtteils Peristeri wohl meinten als sie von einer „Krise des Kapitals, die auf die Neuverteilung des Reichtums unter den Mächtigen zielt“ sprachen. Die Maßnahmen zur sogenannte Rettung des Euro-Raumes sind vor allem autoritäre, politische Bekenntnisse zu den EU-Staatsschulden. In Griechenland wurde dies sogar verfassungsmäßig festgeschrieben . Doch was ist mit dem verfassungsmäßigen Schutz der Würde der Menschen, derer die zu tausenden nach Griechenland flüchten, die Erwerbslosen, die 600-Euro Generation, all diejenigen ohne Einkünfte und Versicherungen? Wir sollten uns fragen, ob es hier nicht nur um den Schutz der Märkte und Anleger geht?

Das Gesundheitssystem konnte dem permanenten Druck der Troika und deren Kürzungsdiktaten nicht standhalten und ist zusammengebrochen. Nach einem Jahr Arbeitslosengeld erhalten die Menschen in Griechenland keine Sozialleistungen mehr und fallen aus dem Gesundheitssystem heraus. Nach offiziellen Angaben sind rund 30 Prozent der Bevölkerung nicht mehr krankenversichert. Bezieht man inoffizielle Schätzungen mit ein, so fallen mittlerweile jede/r Zweite aus der Absicherung heraus. Obdachlose und Geflüchtete haben ohnehin keinen offiziellen Zugang zu medizinischer Versorgung. Ohne Krankenversicherung müssen die Behandlungskosten vor Ort in bar bezahlt werden, die andere Variante ist der Einzug des Geldes über Steuern am Ende des Jahres. Die Suizidrate in Griechenland stieg um 45 Prozent , HIV-Infektionen sogar um 52 Prozent. Am heftigsten trifft es Menschen mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck oder Krebs. Im Zuge der Sparmaßnahmen sind zahlreiche Krankenhäuser geschlossen und Gelder für psychosoziale Versorgung um 45 Prozent gekürzt worden. 26.000 Gesundheitsarbeiter haben ihre Arbeit verloren, davon 9.100 Ärzte. Die Notaufnahmen sind maßlos überfordert: Das Papageorgiou-Krankenhaus gilt als eines der besten Krankenhäuser des Landes und muss derzeit etwa 1.500 Menschen behandeln. Im Vergleich dazu behandelt selbst das größte Universitätsklinikum Europas, die Berliner Charité, „nur“ ein Drittel so viele Menschen.

Ein weiteres aufschlussreiches Detail steckt in den Sicherheits- und Rüstungsausgaben. David Graeber weist in seinem 2011 erschienen Aufsatz über die Geschichte der griechischen Schuldenkrise darauf hin, dass „Griechenland auch den höchsten Teil seines Budgets (5,5%) für das Militär ausgibt, ein bemerkenswerter Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 3,1%.“ „Außerdem“, so der Autor weiter, habe Griechenland „die höchste Anzahl an Militärbediensteten“ innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten. Da die teuren Rüstungsimporte vor allem aus Deutschland und Frankreich kommen, verwundert es nicht, dass hier nicht gespart werden soll.

Als der ehemalige deutsche Außenminister und FDP-Politiker, Guido Westerwelle, Griechenland im Februar 2010 besuchte und die griechische Regierung zum Sparen anhielt, warb er gleichzeitig für

Kampffjets aus deutscher Produktion. Milliarden Euro werden für die Rüstung ausgegeben, während die Ausgaben im Bereich der Medikamentenversorgung auf gekürzt werden. Auch die Polizeipräsenz Griechenlands ist beachtlich. Auf circa 303 Bürger kommt im Schnitt ein Polizeibeamter. Das ist im europäischen Vergleich Platz zwei, nach Italien. Und dieses Polizeiaufgebot ist notwendig, um das Kürzungsdiktat gegen den Willen der Bevölkerung umzusetzen.

Im Gefolge der Revolte wurde die griechische Gesellschaft mit etwas konfrontiert das die Globalisierungskritikerin Naomi Klein als Schockdoktrin beschrieben hat. Diese hat bereits in den Ländern des globalen Südens durch die Kürzungsdiktate des IWF unbeschreibliches Elend verursacht. Mit wiederbelebten Gesetzen aus der Zeit der Militärjunta soll das neoliberale Projekt endlich auch in Griechenland durchgesetzt werden, nachdem es in den 90er Jahren mehrfach zu erfolgreichen Abwehrkämpfen dagegen gekommen war.

### **Partieller Ausnahmezustand, Privatisierung und Widerstand**

Es wirkt zynisch, dass angesichts solcher Tatsachen Politiker und Medien immer wieder die Fortschritte der Strukturreformen loben. Die beiden ehemalige Volksparteien - die konservative Nea Demokratia (ND) und die sozialdemokratische PASOK- haben in einen Brief an die Eurogruppe, dem IWF, der EZB und der europäischen Kommission schriftlich garantiert, dass sie das Kürzungsdiktat unabhängig von den politischen Entwicklungen im Land umsetzen. Marica Frangakis, Vorstandsmitglied des Nicos Poulantzas Instituts (Athen) und Mitglied der Euro-Memorandum-Gruppe nannte die Verpflichtungen der Absicherungsklausel im 2. Rettungsabkommen eine *„Politik im Stil des Kolonialismus: 'Ich leihe dir Geld, aber du versprichst, dass deine Zukunft mir gehört. Daher kann ich die Bedingungen diktieren, was du mit deiner Zukunft machst.'“*

Auch der erzwungene Verkauf von öffentlichem Eigentum nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt zum verramschen des „Volkseigentums“ der DDR nach 1990, hat wenig mit Transparenz und Demokratie zu tun.<sup>1</sup> Die griechische Privatisierungsagentur setzt sich aus Repräsentanten verschiedener Aktiengesellschaften und Beobachtern der Troika zusammen. Niemand ist direkt gewählt, schon gar nicht durch die griechische Bevölkerung, die Vergabeverfahren sind geheim und der sogenannte Rat der Privatisierungsagentur entscheidet über Bedingungen und Vergabe ehemals gesellschaftlichen Eigentums.

Bis 2016 sollten durch die Privatisierungen ursprünglich vollkommen aberwitzige 50 Milliarden Euro eingefahren werden. Ein unglaubliches Portfolio für eine undemokratische Institution. Es ist klar, dass in so kurzer Zeit für ein so großes Angebot an öffentlichem Eigentum nur weit unter Wert verkauft werden kann. Dieser Plan hatte nichts mit der Verbesserung der Situation der Menschen in Griechenland zu tun, sondern sollte ausschließlich den Profitinteressen der Superreichen und Konzernen dienen. Das vom damaligen Finanzminister Venizelos als „größtes Privatisierungsprojekt der Welt“ bezeichnete Unterfangen, erwies sich bisher als Rohrkrepiere . Die geplanten Privatisierungserlöse mussten inzwischen um die Hälfte zurückgenommen und bis 2020 gestreckt werden. Die bisherigen Einnahmen werden nur auf rund 5 Milliarden Euro geschätzt. Bleiben die Privatisierungserlöse weiterhin hinter den geplanten Zahlen zurück, dann werden mit dem fehlenden Geld wohl weitere Kürzungsorgien gerechtfertigt werden. Laura Valentukeviciute von der Organisation Gemeingut in BürgerInnenhand meint, dass: *„Die Treuhand(...)die Krise nur verschlimmern und verfestigen“* werde. *„Nach den*

---

<sup>1</sup> Der Vorschlag geht auf Jean-Claude Juncker, dem ehemaligen Chef der Eurogruppe zurück: *„Ich würde es sehr begrüßen, wenn unsere griechischen Freunde nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt eine regierungsunabhängige Privatisierungsagentur gründen würden“*.

*Privatisierungserfahrungen der letzten Jahre, ist der Widerstand gegen den Ausverkauf immer stärker geworden. Das zeigte das Referendum in Italien für das Verbot der Wasserprivatisierung landesweit sowie mehrere Volksentscheide in Deutschland und Frankreich für die Rückführung der privatisierten Betriebe in die öffentliche Hand.*“ Das Nachrichtenportal Spiegel Online bezeichnete Ende Januar 2012, das Drohen der Gewerkschaften „mit massivem Widerstand gegen Privatisierungen“ als einen Grund für das geringe Interesse an griechischem Staatseigentum. Deswegen gibt es mittlerweile Gesetzesänderungen, die das Streikrecht stark einschränken. Mit dem Dienstpflichtgesetz (Recruitment-Law), das stark an Gesetze aus der Zeit der Militärjunta erinnert, kann auf Verweis bestimmter Notstandsumstände den Streikenden eine „Dienstpflicht“ verordnet werden. So wurden bereits Streiks von U-Bahn Arbeiter mit dem Hinweis auf die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ unterbunden. Bei einem Streik der Hafendarbeiter wurde argumentiert, dass der Streik zu beenden sei, da die Versorgung der griechischen Inseln nicht mehr gewährleistet sei. Der Gipfel der Beliebigkeit wurde erreicht im Mai 2013 erreicht, als ein geplanter Streik der Lehrer während der Prüfungszeit, mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Psyche der Schüler, vorsorglich unterbunden wurde. Grund für den Streik war ein massiver Anstieg der Arbeitszeit aufgrund von Entlassungen. bedingt durch die Kürzungen. Athener Anwälte der Initiative Anwälte für die Freiheit meinten ironisch, dass man die Lehrinhalte an den Universitäten ohnehin erst mal neu schreiben müsse, da es z.B. in der das Arbeitsrecht de facto nur noch gelehrt werden könne, da es praktisch keines mehr gäbe. Stattdessen müsse die Einführungsveranstaltung für Jurastudent jetzt „Geschichte des Arbeitsrechtes in Griechenland“ genannt werden.

Rezession und Entrechtung der Arbeiter führen aber auch dazu, dass die Menschen Widerstand leisten und das Schicksal in die eigene Hand nehmen. VIO.ME (Viomichaniki Metalleftiki, BIO.ME – Βιομηχανική Μεταλλευτική) stellte chemische Baumaterialien wie Fugenkleber her und lieferte seine Produkte ins gesamte Land sowie ins benachbarte Ausland. Von 2006 an galt die Firma als eines der 20 erfolgreichsten Unternehmen Nordgriechenlands. Doch von einem Tag auf den anderen machte sich die komplette Chefetage aus dem Staub und im Mai 2011 meldeten die Besitzer – die Familie Filippou – Konkurs an. Die Arbeiter besetzten die Fabrik und nahmen ihr Leben selbst in die Hand. Auf einer Vollversammlung, die höchste Instanz in der Organisationsstruktur, waren 97 Prozent der ehemaligen Angestellten für das Experiment der Selbstverwaltung. Im Februar 2013 wurde die Fabrik wieder eröffnet. Nun wollen sie die Unternehmensaktien erwerben, ohne die angehäuften Schulden übernehmen zu müssen und fordern von Staat und Europäischer Union Subventionen in Höhe von 1,8 Millionen Euro. Darüber hinaus soll der Mutterkonzern Philkeram die geliehenen 1,9 Millionen Euro an VIO.ME zurückzahlen.

Bis jetzt spielt der griechische Staat nicht mit. Die Besetzung wird lediglich geduldet. Da das gewünschte Startkapital nicht angesammelt werden konnte, wurde die ursprüngliche Produktion umgestellt. Seit April 2013 stellen die Arbeiter mit Hilfe des Know-hows aus den selbstorganisierten Strukturen Thessalonikis nicht mehr Fugenkleber, sondern umweltfreundliche Reinigungsmittel für den häuslichen Gebrauch her. Die Produkte werden in zahlreichen sozialen Zentren und auf informellen Märkten vertrieben. Das Projekt findet auch außerhalb Griechenlands Unterstützung. Die Arbeiter wurden oft nach Deutschland eingeladen um über ihr Projekt zu informieren. Nach dem letzten Stand der Dinge erhoffen sich die Arbeiter in den nächsten Monaten eine Legalisierung durch eine Gesetzesvorlage für Kooperativen. Der Antrag ist bereits in der Vollversammlung verabschiedet worden.

Auch im Gesundheits- und Pflegebereich entstehen Strukturen der Solidarität und Selbstorganisation. Das wohl herausragendste Beispiel sind die Sozialen Kliniken der Solidarität (SKS). Arme, Nicht-mehr-Versicherte und Geflüchtete gewährleisten diese Kliniken zumindest eine minimale medizinische Versorgung. In den Solidarischen Kliniken werden viele Asylsuchende und Migrant behandelt, die oft in staatlichen Krankenhäusern abgewiesen werden. In einigen Kliniken z.B. in Athen stellen sie die Hälfte der Patient. Viele der ehrenamtlichen Gesundheitsarbeiter

wurden durch die Schlägerbanden der faschistischen Goldenen Morgenröte bedroht. Eine Anweisung der Regierung die Behandlung von Menschen ohne Papiere und Versicherung zu unterlassen wurde ignoriert. Es könnte als direkte Reaktion der Behörden gewertet werden, dass es zu polizeilichen Durchsuchungen gegen zwei Kliniken kam. Begründet wurden die Razzien mit dem Verdacht auf Drogenhandel, da in einigen Medikamenten Betäubungsmittel enthalten sind. In der offiziellen Stellungnahme der SKS heißt es:

*„Die letzten Aktionen, erinnern an jene totalitärer Regime, die klar zeigen das es heißt: 'bis hierhin und nicht weiter'. Sie wollen die Hoffnung ausradieren. Sie wollen alles zerstören das uns zusammenhalten lässt. Sie hassen das Leben. Sie werden uns, freiwillige Arbeiter, Patienten Zivilisten, gegen sich haben. Wir werden das Leben und die Würde verteidigen. Wir werden gegen den Tod kämpfen. Solidarität ist unsere Waffe.“*

So sind die SKS nicht nur Orte der alternativen (Selbst-)Versorgung und direkten Hilfe, sondern auch Knotenpunkte des Widerstandes gegen Kürzungspolitik und Rassismus. Die in den Solidarischen Kliniken organisierten Menschen kämpfen für die Wiederherstellung einer kostenlosen öffentlichen Gesundheitsversorgung als grundlegendes, kostenloses und nicht verhandelbares Recht.

Auch weitere Infrastrukturen wie die Wasserversorgung sollen der Krisenpolitik zum Opfer fallen. In Thessaloniki regt sich Widerstand dagegen. Die Bewegung 136 will die Privatisierung des lokalen Wasserwerks verhindern. Die Zahl 136 im Namen der Initiative steht für 136 Euro mit denen jeder Haushalt in Thessaloniki seinen Anteil der Stadtwerke erwerben könnte. So wäre der Erwerb der gesamten Wasserwerke durch Bürger möglich. Denn die Stadt ist gerade dabei, diese zu privatisieren und auf dem freien Markt zu verkaufen. Höhere Gebühren für Trinkwasser bei geringerer Qualität sind dort an der Tagesordnung, wo das „flüssige Gold des 21. Jahrhunderts“ privatisiert wurde. Auch in Italien und Deutschland gab es massiven Widerstand gegen die Privatisierungsversuche der Wasserversorgung.

Doch anders als zum Beispiel in Deutschland, wird in Griechenland viel radikaler mit der Ressourcenfrage umgegangen. Costas, ein Aktivist der Bewegung 136 berichtet, dass es nicht um die Wiederherstellung eines gewinnbringenden, staatlichen Unternehmens geht. Das „Wer?“ und „Wie?“ steht im Mittelpunkt ihrer Diskussion und mündet in der Frage: „Wozu und für wen sollte die Wasserversorgung gewinnbringend sein?“. Dies eröffnet auch die Möglichkeit darüber zu reden, was denn „gewinnbringend“ genau bedeuten soll. Für die Durchsetzung eines komplett anderen Konzeptes bedarf es aber einer Vernetzung mit anderen Bewegungen. In Thessaloniki könnte dies z.B. die Versammlung für eine sozial-ökologische Müllentsorgung sein und auf europäischer Ebene mit weiteren Bewegungen gegen die Privatisierung von kommunaler Infrastruktur.

Ein weiteres neu eingeführtes Gesetz im Zuge des neoliberalen Troika-Diktats in Griechenland ist das „Fast-Track-Investment-Law“. Wie der Name bereits vermuten lässt, soll es großen Unternehmen ermöglicht werden, schnell und unkompliziert Investitionen in ehemals griechischen Staatsbesitz zu tätigen. Die Privatisierung der Goldmine auf der nordgriechischen Halbinsel Chalkidiki ist ein Testballon für die Umsetzung dieses Gesetzes.

Der multinational operierende Konzern Eldorado Gold hat die ehemals staatliche Goldmine gekauft. Laut dem Internetblog des Netzwerks SOS-Chalkidiki zahlt „Eldorado Gold“ per Regierungsbeschluss keine Transaktions- oder sonstige Steuern. Außerdem soll das Unternehmen keine Verpflichtungen zum finanziellen Ausgleich von zu erwartenden Umweltschäden durch den Goldbau eingehen müssen. Zu erwarten sind Grundwasser-, Boden- und Luftbelastungen mit Schadstoffen durch Schwermetalle wie Arsen, Blei oder Cadmium. Das Absinken der PH-Werte der Böden sei wahrscheinlich. Landwirtschaftlich genutzte Flächen würden damit durch die

Abbaumaßnahmen direkt oder indirekt zerstört bzw. kontaminiert. Der Tourismus der Region, der etwa 15 bis 20% des Bruttoinlandproduktes ausmacht, würde durch den Verlust der charakteristischen Landschaft massiv einbrechen. Viele Menschen hätten keine Lebensgrundlage mehr und würden so zur Migration gezwungen. Außerdem thematisiert das Netzwerk SOS-Chalkidiki die Ungleichheit gegenüber Frauen, die aufgrund der überwiegend von Männern dominierten Aktivitäten rund um das Minengeschäft betroffen sind. Zum einen haben sie kaum eine Chance auf einen Job in der Miene. Zum anderen würden sie durch die Wasserverseuchungen z.B. in der Schwangerschaft zusätzlich belastet werden.

Es ist bekannt, dass internationale Bergbaukonzerne aggressive Methoden bei der Durchsetzung ihrer Pläne einsetzen. So kam es zu Vorfällen wie Erpressung, Bespitzelung und Infiltration von Oppositionellen, öffentlichen Verleumdungen und sogar Morddrohungen. Außerdem werden immer wieder Gerichtsprozesse provoziert. Diese sollen die oppositionellen Gruppen in den finanziellen Ruin treiben. „Eldorado Gold“ arbeitet eng mit Sicherheitsfirmen und den Polizeibehörden zusammen. Amnesty International erwähnt in diesem Zusammenhang in einem Bericht von 2012 mehrere brutale Übergriffe durch die griechische Polizei nicht nur in Chalkidiki. Auch jenseits direkter aggressiver Methoden versucht der Konzern das soziale Gefüge der Bewohner in der Region zu zerstören. So werden Allianzen mit lokalen Behörden und Gruppen geschmiedet, die dem Bergbauprojekt positiv gegenüberstehen. Der bisher kaum vorhandene gesellschaftliche Rückhalt wird durch so genannte „Soziale Ausgleichsprojekte“ manipuliert. Eine weitere Strategie ist das Versprechen sicherer Jobs. In Zeiten der Krise ist das ein verlockendes Angebot. Die Aktivist, die gegen „Eldorado Gold“ kämpfen, sprechen hier von einem Versuch, die sozialen Netzwerke der Region langsamen zu zerreißen.

*“Es gibt für mich überhaupt keinen Zweifel daran, das starke Mächte sowohl in meinem als auch in ihrem Land ihr bestes geben, euch in einen Angst- und Schockzustand zu versetzen, genau wissend, dass dies die Bedingungen sind mit dem sie den demokratischen Willen der Bevölkerung untergraben und ihre Projekte anschieben können. Wortwörtlich sind Stoßtruppen in eure Community einmarschiert, ein Angriff der eure Kinder terrorisiert, euch den Schlaf und euer aller Sicherheit geraubt hat. Diese ekelhaften Taktiken halten bis heute an.“*, kommentierte Naomi Klein die Repression in Chalkidiki

Die letzte Zuspitzung des Kampfes um das Gebiet im griechischen Norden gab es im Februarletzten Jahres . Vierzig verummte Aktivist stürmten das Gelände der Goldmine und zerstörten sämtliches Arbeitsgerät und die Büros des Konzerns. Nikos Dendias, der Minister „für öffentliche Ordnung und Bürgerschutz“ antwortete mit tagelangen Razzien und weiteren Repressionmaßnahmen, wie teilweise gewaltsame DNS-Entnahmen bei über 250 Personen. Auf einem Podium im Arbeiter-Zentrum in Thessalonki, welches über die aktuelle Situation der Repression informierte, wurde öffentlich, was bereits auf den Straßen die Runde machte: Über 80 Personen aus dem Widerstand gegen das Bergbauvorhaben sehen sich nun mit dem Paragraphen 187 StGB, der Bildung einer kriminellen Vereinigung, konfrontiert. Auch gegen die antiautoritäre Plattform Alpha Kappa (Αντιεξουσιαστική κίνηση, Antieksousiastiki Kinisi, antiautoritäre Bewegung) wird unter gleichem Verdacht ermittelt. Blogeinträge und Webseiten sollen als Beweise für die Existenz einer solchen Vereinigung dienen. Aus den Ermittlungsakten geht hervor, dass auch Anwälte betroffen sind, da sie regelmäßigen Kontakt zu der widerständigen Bevölkerung haben sollen. „Gemeint ist ein Treffen, das in einem Cafe stattgefunden hat, um über das Verweigerungsrecht bezüglich der Abgabe von DNS bei der Polizei zu informieren“, so Olga Xaripidou, Anwältin aus Thessaloniki. Am gleichen Tag, an dem die Ermittlungen auf Grundlage des Paragraphen 187 gegen Mitglieder der Goldenen Morgenröte, die an der Ermordung des antifaschistischen Rappers Pavlos Fisas beteiligt sein sollen, eingeleitet wurden, wurden auch Ermittlungen gegen die Bewegung in Chalkidiki in Gang gesetzt. Eine Perfide Logik - die Logik der Extremismustheorie. In Griechenland wird sie Theorie der Zwei Extreme genannt. Unter Bezugnahme auf den „Schutz der Demokratie“ werden rechte Morde und

der öko-soziale Widerstand gleichgesetzt. Beide seien, nach der Meinung von Dendias und Samaras, nur zwei Seiten einer Medaille. Die ideologischen, personellen und politischen Verstrickungen zwischen Staat, Polizei und Goldener Morgenröte bleiben unter dessen nur eine Randnotiz.

Das Signal in die Richtung der rebellischen Halbinsel ist deutlich: Protest und Widerstand außerhalb der Parlamente wird nicht mehr geduldet. Es geht um die Durchsetzung der neoliberalen Gesetzgebung gegen den Willen der griechischen Bevölkerung. Doch die Solidarität ist nach wie vor groß und wird von breiten Teilen der Bevölkerung getragen. Das zeigte sich unter anderem auf einem Solidaritätskonzert, welches am 6. Oktober 2013 in Thessaloniki stattfand. Mit über 30.000 Besucher war es wohl das größte Konzert das bisher in der Region stattgefunden hat. Namenhafte griechische Künstler, wie beispielsweise Giannis Agelakas und Thanasis Papakonstantinou, bekundeten ihre Solidarität mit den Protesten.

Nachdem der Konzern „Eldorado Gold“ bisher keinen Erfolg hatte die Bewegung sozial zu spalten, soll dies nun mittels politischer Repression geschehen. Besonders exponierte bzw. aktive Menschen bzw. Gruppen sollen von ihrer sozialen Basis isoliert werden. Die darauf folgende Kriminalisierung soll die Bewegung anschließend in „die Guten“ und „die Bösen“ teilen. Eventuell handelt es sich hier um einen Kurswechsel, den ein Aktivist von Alpha Kappa treffend als „Repression mit dem Wattebausch“ beschrieb. Eine Form der Repression, die also nicht mehr auf roher Gewalt, sondern auf der Schaffung von Angsträumen, die mit Hilfe von Repression auf soziale Isolierung durch Kriminalisierung setzt.

Um dafür Gegenöffentlichkeit zu schaffen braucht es eigene Medien. Die ehemals staatlichen Fernseh- und Radiosender ERT 3 / ET 3 sind hier ein wichtiger Faktor. Auch hier gab es zuvor das gleiche Trauerspiel: Kürzungen, Entlassungen und Schließung des Senders. Doch die Beschäftigten wehrten sich dagegen, besetzten die Sender und nahmen das Sendeprogramm selbst in die Hand. Die Rede von der „Politik des schwarzen Bildschirms“ der 1970er Jahre, also des Abschaltens der öffentlichen Sendeanstalten durch die Militärjunta, ist immer öfter zu hören. In Thessaloniki ist es vor allem das Politmagazin „Babel“ (Βαβέλ, Vavel) das mit seinen äußerst kritischen und sehr internationalen Sendungen hervorsteicht. Jannis, der Moderator des Formats, ist sich der Bedeutung des Arbeitskampfes voll bewusst – geht es doch um viel mehr als nur darum, den eigenen Job zu sichern: *„Vor der Schließung haben wir unsere Arbeitskraft verkauft, nun geht es darum, die Informierung der Öffentlichkeit zu gewährleisten.“*

Doch Gegenöffentlichkeit benötigt auch konkrete Orte, an denen man sich treffen und austauschen kann ohne konsumieren zu müssen. Ein offener Ort, an dem man sitzen und sich unterhalten kann, auch wenn gerade kein Geld da ist. Eine direkte Folge der Aufstände 2008, war die Errichtung eines Sozialen Zentrums in Thessaloniki – der Mikropolis. Dieses Zentrum hält was der Name erahnen lässt. Auf vier Stockwerken, inklusive Erdgeschoss, ist ein für Thessaloniki einzigartiger sozialer Knotenpunkt entstanden. Hier gibt es einen Proberaum, eine Werkstatt, eine große Bar die auch für kleine Konzerte genutzt wird, eine Veterinärstation, einen kollektiv betriebenen Copyshop, einen Raum für selbstorganisierte Kinderbetreuung, einen Stadteilladen mit Produkten der Netzwerke ohne Zwischenhändler und VIO.ME, einen Vortrags- und Tischtennisaal, einen gut sortierten Umsonstladen, eine Bibliothek und Buchladen, einen Sportraum, der unter anderem durch das Micropolis Boxing Team benutzt wird und Räume für Gruppen und Initiativen. Der Ort wird unkommerziell und kollektiv betrieben. Obwohl jeden Monat fast 3000 Euro zusammenkommen müssen, läuft das Zentrum seit Jahren gut. Es ist für viele Menschen wichtiger Bestandteil ihres Lebens geworden und kaum mehr wegzudenken.



Einige weitere Beispiele sind die Zeitung der Redakteur, ein griechenlandweiter Zusammenschluss von kleinen, meist linken Verlagen, das Entstehen von Basisgewerkschaften, wie der Gewerkschaft der Fahrradkuriere oder von Arbeitskooperativen in der Stadt und auf dem Land. In diesen Tagen scheinen die selbstorganisierten Projekte aus dem Boden zu schießen. Ihre Zahl liegt bei weit über tausend, doch derzeit gibt es kein wirkliches Netzwerk zwischen diesen kleinen Inseln. Einige Kollektive streben den Versuch an, ein überregionales Basis-Netzwerk aufzubauen. Dabei werden in großen landesweiten Vollversammlungen Themen wie Verteilung „von unten“ ohne Zwischenhändler, oder das Vertrauen zwischen Produzent und Konsument diskutiert. Eine andere Plattform mit dem Namen „Solidarity-4-All“ versucht mit der Hilfe eines Teils des Einkommens der Parlamentsmitglieder von SYRIZA eine Vernetzungsstruktur zwischen all den selbstorganisierten Initiativen herzustellen. Ziel ist es dabei, dass sich Kollektive auf einer Internetplattform zusammenfinden, sich austauschen können und sich gegenseitig finanziell unterstützen. Aus antiautoritärer Sicht wird die Initiative als Vereinnahmungsversuch seitens der SYRIZA gesehen. Es bleibt abzuwarten, ob die griechische Linkspartei im Fall der Regierungsübernahme ihre Versprechen einlöst und selbstorganisierte Projekte und die Zusammenarbeit unter ihnen finanziell und rechtlich fördern wird.

### **Wie also weiter? – Die Idee der Direkten Demokratie!**

Seit der Revolte 2008 ist der Ruf nach direkter Demokratie nicht verklungen. Besonders die Antiautoritäre Plattform Alpha Kappa versucht jedes Jahr mit dem „Festival der direkten Demokratie“ einen Beitrag zu der Vernetzung der verschiedenen Initiativen zu leisten. 2013 lautete das Motto des Festivals „Vom Ausnahmezustand zu der Konstituierung der Bewegungen“. Es gab ein großes „Podium des Gemeinsamen“ also das was innerhalb der linken Debatte gern als „Commons“ bezeichnet wird. Was diese „Commons“ genau sind und wie sie erkämpft werden können, darüber wird besonders in Deutschland viel theoretisch gestritten. An den südlichen Rändern Europas geht es praktischer zu. Konkrete Projekte und Kämpfe stehen auf der Tagesordnung. Doch ganz ohne Theorie läuft es natürlich auch hier nicht. In einem Bericht über das oben erwähnte Podium steht:

*„In der griechischen Antiautoritären Bewegung wird mit dem Begriff schon länger hantiert: von der Auseinandersetzung mit der Agoraidee der Direkten Demokratie im antiken Athen, der Pariser Kommune und dem Spanischen Bürgerkrieg bis hin zu den theoretischen Arbeiten von Cornelius Castoriadis (Philosoph und Ex-Mitglied der französischen Gruppe „Socialisme ou Barbarie“), der als antistalinistischer Denker in der Nachkriegszeit mit der Theorie der Autonomie die Basis für die heutige antiautoritäre und anarchistische Bewegung lieferte.“<sup>2</sup>*

Alles geschieht unter der Überschrift der generellen gesellschaftlichen Selbstorganisation mit dem Mittel der direkten Demokratie. Medial tauchte der Begriff wohl zum ersten Mal im Rahmen der Empörten-Bewegung auf, die sich im Frühsommer 2011 in den Plätzen Griechenlands in Anlehnung an die Indignados-Bewegung in Spanien ausbreitete. Bei der Bewegung 15M in Spanien war schnell der Begriff der „Democracia Real Ya!“ („Echte Demokratie Jetzt“) allgegenwärtig. Im Gegensatz zu Spanien, setzte sich aber auf den Plätzen Griechenlands nicht die Forderung nach „Echter Demokratie“ durch, sondern das Konzept der „Direkten Demokratie“, als bereits praktizierende Vision, die direkt in Form von Vollversammlung und später in Stadtteilversammlungen (in Anlehnung an die Versammlungen der Dezemberrevolte 2008) umgesetzt wurden. In ihrer Summe sind diese selbstorganisierten Strukturen, wie man so schön sagt: „mehr als die einzelnen Teile“. In ihnen zeichnet sich ein Bild einer anderen Gesellschaft ab. Es geht nicht um Elendsverwaltung oder Charity. An dem Beispiel der Stadt Thessaloniki kann exemplarisch der Aufbau einer reellen Gegenmacht von unten aufgezeigt werden. Es geht um das

---

2 <http://bassrandale.blogspot.de/2013/10/21/vom-ausnahmezustand-zur-organisierung-des-gemeinsamen/>

Beschreiben eines Potentials, nicht um Zweckoptimismus. All die erwähnten Initiativen sind durch den kollektiven Kampf um das Gemeinsame, die Commons verbunden. Zusammen mit zahlreichen anderen Projekten (weitere soziale Zentren, Restaurants und Bars in Kollektivbetrieb, Besetzungen) wirken diese im „Hier und Jetzt“ wie ein Bild aus der Zukunft, denn nur wer sich das Sprechen über die Zukunft aneignet, kann der Totalität der Gegenwart, dem „es gibt keine Alternative“ etwas entgegensetzen.

In Thessaloniki heißt das konkret: Im Stadteilladen des Micropolis werden Produkte der Netzwerke ohne Zwischenhändler, aber auch aus der selbstverwalteten Fabrik VIO.ME in Umlauf gebracht. Das Küchenkollektiv der Micropolis kocht jeden Tag mit den Ressourcen des Stadteilladens Essen und wäscht das schmutzige Geschirr mit VIO.ME Produkten. Das Café und die Bar sind den ganzen Tag über geöffnet und der wirtschaftliche Motor für Miete und die Micropolis-Kasse. Parallel dazu wird der Kinderraum durch ein Kollektiv betreut. Das ermöglicht den Eltern anderen Aktivitäten nachzugehen, z.B. eine Barschicht zu übernehmen. Von der Micropolis-Kasse fließt Geld in die Kasse der sozialen Klinik der Solidarität. Im Micropolis und der sozialen Klinik liegen Flyer zur Bewegung gegen die Wasserprivatisierung aus, die eine Veranstaltung an der Uni ankündigen. Kurz vor dem wöchentlichen VIO.ME-Solidaritätstreffen, besucht eine Arbeiterin die soziale Klinik, um kostenlose ärztliche Betreuung zu erhalten. Währenddessen ist eine Delegation einer antiautoritären Gruppe aus dem Micropolis auf der Halbinsel Chalkidiki unterwegs, um mit den Einwohner über die Prinzipien der direkten Demokratie zu diskutieren – auch das praxisorientiert: Schon bald nehmen die EinwohnerInnen der Kleinstadt Ierissos an der Vertriebsstruktur ohne Zwischenhändler teil und promoten sogar die Selbstverwaltung von VIO.ME. Im Rahmen der Proteste gegen die jährliche Handelsmesse in Thessaloniki finden sich schließlich die verschiedenen Initiativen und Projekte im Block der direkten Demokratie zusammen. Die Anarchisten sagten uns, sie wurden sowohl vom Dezember 2008 überrascht, als auch von der diffusen Selbstorganisation die in den Krisen Jahren entstanden ist. Dadurch hätten sie die „*Notwendigkeit erkannt*“, sich auch „*der Gesellschaft zu öffnen und Konsequenzen aus der Revolte zu ziehen*“.

Vielleicht stimmt Bertolt Brechts bekannter Ausspruch: „*Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!*“, nicht mehr ganz. „*Gefressen*“ hatte die Mittelschicht in den letzten Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft jedenfalls so viel, dass sie sich um „*die Moral*“ keine Gedanken machen mussten. Erst mit dem Erodieren des Mittelstandes, kam das „*Wie?*“, „*Wer?*“ und „*Woher?*“ wieder in das Leben vieler Menschen und damit die Frage nach dem Politischen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Worte von Makis Anagnostou, Vorsitzender der Basisgewerkschaft von VIO.ME, bewahrheiten werden:

„*Hoffentlich entstehen viele solcher Inseln wie unsere. Sie sollen sich entwickeln, größer und schließlich zu ganzen Kontinenten werden. Wir wollen die ganze Welt.*“